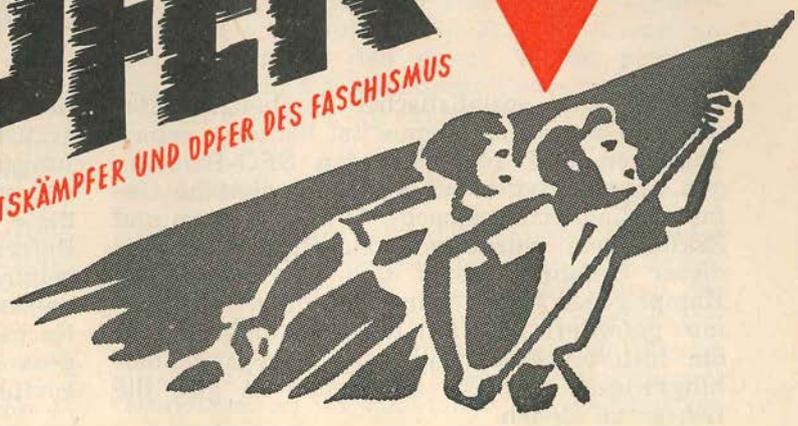


Witem



Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nummer 9 — 10

September/Oktober 1976

2 Schilling

Unsere Toten

Die ersten zwei Tage des Monats November — Tage an denen der Toten gedacht wird. Wir treten mit einem ganz besonderen Bewußtsein an die Gräber der Blutopfer unserer Bewegung, die auf dem Galgen und unter dem Beil des Henkers, in den Konzentrationslagern und in den Gaskammern gestorben sind. Und dieses besondere Bewußtsein verstärkt sich von Jahr zu Jahr, wenn die sozialistischen Freiheitskämpfer und mit ihnen alle Sozialisten in langen Zügen schweigend zu den Mahnmalen pilgern, um derer zu gedenken, die durch die Tat für ihre Idee Zeugnis abgelegt haben, die Idee, für die sie Unsägliches ertragen, für die sie den Opfertod erlitten haben.

Wir grüßen vor den Mahnmalen auch die ungezählten Freiheitskämpfer aller Länder, die in internationaler Solidarität für die Freiheit der Menschen gefallen sind. Unsere rote Fahne mit den drei Pfeilen senkt sich aber am tiefsten und ehrfurchtsvollsten, wenn wir hier der vielen Genossinnen und Genossen aus unseren Reihen gedenken.

Und wir stellen uns wieder die Frage: Sollen sie alle umsonst gestorben sein? Hätte unser bloßes Gedenken denn einen Sinn, wenn wir diese Frage nicht stellten? Sprechen wir es angesichts der Gräber, zu denen wir schweigend marschieren, offen aus, denken wir dabei aber auch an die zahlreichen Massengräber in aller Welt: Das Sterben vor der Zeit darf nie und niemals umsonst gewesen sein! Es ist ein brennender Appell an uns, es ist aber auch eine gebieterische Mahnung an alle: Schafft eine neue, gerechte Ordnung, baut unermüdlich an einer besseren Welt!

Es sind nicht die Autos, die sich so wie am heutigen Tag in endlosen Kolonnen durch die Straßen quälen, für die sie starben; auch nicht die Kühlschränke und Gefriertruhen, die daheim oder irgendwo anders auf die — ach so erschöpften — motorisierten Friedhofsgeher warten — man mußte doch dabei sein! — um sie mit einem gut gekühlten „harten Drink“ zu laben oder mit einem vorerst noch aufzutauenden Gefriermenü nach all der vielen Anstrengung des Vormittags wieder aufzurichten. Es ist aber auch nicht der Infragrill, der Mikrowellenherd, der Farbfernseher, die Quadrophonieanlage oder der private „Swimming-pool“ im Garten, heizbar und mit Wellenbad!

Nein! Das alles und noch so vieles mehr könnte nicht auch nur einen einzigen Toten aufwiegen — mag es auch heutzutage noch so modern, so „gut“ und fortgeschritten scheinen oder sein...

Denn für die Toten zählt das alles nicht. Ihr Opfer und ihr Ringen für eine Idee, der sie bis in den Tod die Treue gehalten haben, hat unverrückbar einen anderen tiefen Sinn — in der Vergangenheit sowohl wie heute, und erst recht in aller Zukunft. Erfüllen wir das Vermächtnis:

Der Sozialismus muß das große Ziel der Mehrheit aller Menschen, aller arbeitenden Menschen bleiben! Wir kämpfen, um dieses durchaus nicht utopische Ziel zu erreichen und unsere teuren Toten

werden niemals vergessen sein!

Erfolge im Kampf gegen den Neofaschismus

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat bei allen seinen Tagungen und auch auf den SPÖ-Parteitag immer wieder auf die neonazistische Gefahr aufmerksam gemacht. In Resolutionen und Erklärungen wurde vor der Bagatellisierung dieser Gefahr gewarnt und der rechtzeitige Kampf gegen jede Regung eines neuen Faschismus gefordert. Und mit Recht ist dabei auf all die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit hingewiesen worden, aus denen es gilt, die Lehren zu ziehen.

Aber sehr oft wurden wir auch von den eigenen Mitgliedern gefragt: Hat dieser Kampf gegen den Neofaschismus einen Sinn? Oder handelt es sich bloß um eine Alibihandlung? Werden denn unsere Forderungen in der Partei, in der Öffentlichkeit beachtet und von den Behörden ernst genommen?

Angesichts vieler neonazistischer Provokationen und dem Weiterbestehen von Organisationen, wie etwa der berüchtigten NDP, sind diese Fragen, aus denen Verbitterung spricht, durchaus berechtigt.

Dennoch glauben wir feststellen zu können: Obwohl viele unserer seit Jahren erhobenen Forderungen — man denke an die neonazistische „National-Zeitung“, die noch immer ungehindert und in Widerspruch zu den österreichischen Gesetzen sowie den Bestimmungen des Staatsvertrages in Österreich verbreitet werden kann — bis heute nicht erfüllt worden sind, hat unser zäher Kampf doch Erfolge gebracht.

Junge Antifaschisten sind aktiv!

Jahrelang hat es so ausgesehen als ob nur jene Frauen und Männer die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Neofaschismus erkennen, die das Grauen des Faschismus selbst erlebt haben, die durch die Hölle der KZ und Kerker gegangen sind oder das bittere Schicksal der Emigration haben ertragen müssen. Da aber der Kreis dieser Freiheitskämpfer und der Opfer der faschistischen Barbarei immer kleiner wird, die Überlebenden durch Alter und Krankheit in ihrer Aktivität behindert sind, hat man befürchten müssen, die antifaschistische Wachsamkeit werde immer geringer werden.

Aber es ist anders gekommen! Nicht zuletzt dank der Aktivität unseres Bundes und des von ihm geschaffenen Jugendkontaktkomitees ist es

gelingen, viele junge Menschen mit antifaschistischem Bewußtsein zu erfüllen.

Aus der Fülle der Beispiele seien hier lediglich einige wenige angeführt: Im Jahre 1975 fand an der Wiener Universität eine von der österreichischen Hochschülerschaft veranstaltete Feier unter dem Motto: „Dreißig Jahre nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus“ statt. Auf Wunsch der Studenten sprach ein Vertreter der sozialistischen Freiheitskämpfer über den Freiheitskampf, der auch heute nicht zu Ende ist.

Diese Feier wurde von mit Stahlhelmen, Schlagstöcken und chemischen Reizstoffen ausgerüsteten Neonazibanden gesprengt. Aber die jungen Antifaschisten kapitulierten nicht vor den neonazistischen Schlägern. Und nachdem diese die Flucht ergriffen hatten, wurde die Befreiungsfeier zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen Neonazismus und Deutschnationalismus. Über das beschämende gerichtliche Nachspiel zu diesem Ereignis haben wir übrigens seinerzeit im „Sozialistischen Kämpfer“ ausführlich berichtet.*

Neue Provokation

Im Mai 1976 gab es an der Wiener Universität eine neue Provokation: Der deutschnationalistische „Ring Freiheitlicher Studenten“ veranstaltete einen Vortrag des FPÖ-Abgeordneten Dr. Skrinzi — bekannt durch sein Eintreten für die rassistische „Erbgesundheit“ — gegen die slowenische Minderheit. Eine Gegenkundgebung antifaschistischer Studenten wurde von Rektor Seitelberger — dessen SS-Vergangenheit im In- und Ausland als Schande für Österreich empfunden wird — ohne sachliche Begründung verboten.

Während diese Veranstaltung des Ringes Freiheitlicher Studenten von Neonazischlägerbanden „geschützt“ wurde, die wieder mit Stahlhelmen und Schlagstöcken ausgerüstet waren, holte der SS-Rektor die Polizei, um die antifaschistischen Studenten aus dem Universitätsgebäude hinausprügeln zu lassen. Er dürfte dabei wohl an seine eigene NS-Jugendzeit gedacht haben . . .

Aber die jungen Antifaschisten waren auch diesmal nicht bereit, vor dieser neonazistischen Provokation zu kapitulieren: Sie improvisierten eine Demonstration gegen Deutschnationalismus und Neonazismus, die großes Aufsehen erregte. Auf dem Ballhausplatz fand eine Kundgebung statt, bei der die Vertreter verschiedener Studentenverbände erklärten:

Wir haben aus der Vergangenheit gelernt, obwohl wir diese nicht selbst erlebt haben, und werden daher auch in Zukunft neonazistischen Provokationen entschieden entgegenreten. Dem Bundeskanzler wurde eine Resolution überreicht, die diese Entschlossenheit überzeugend zum Ausdruck brachte.

*) Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 10, Oktober 1975, Seite 3.

Der größte Erfolg im Kampf gegen den Neonazismus wurde in Graz erzielt: Dort wollte das wegen seiner neonazistischen Umtriebe berüchtigte „Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes“ einen Fackelzug und eine Kundgebung unter dem provokatorischen Titel „1000 Jahre Deutsche Ostmark“ veranstalten.

Über dieses „Kulturwerk“ liegen umfangreiche Dokumentationen vor, aus denen hervorgeht, daß es eindeutig gegen die Demokratie und gegen ein unabhängiges Österreich ausgerichtet ist. Wir begnügen uns mit einem Zitat:

● „Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes“.

Weiterführung des Deutschen Kulturwerkes der SA mit dem Sitz in München. An der Spitze steht Herbert Böhme, der auch von 1939 bis 1945 das Kulturwerk der SA leitete. In mehreren Städten, darunter auch in Wien, wurden Veranstaltungen des Kulturwerkes wegen des offensichtlich nationalsozialistischen Charakters der dabei geplanten Propaganda verboten. Nachweisbare Verbindungen bestehen zwischen dem Kulturwerk, dem Österreichischen Turnerbund und diversen schlagenden Verbindungen.

Als Heft Nr. 1 der Schriftenreihe des Zweigvereins Tirol ist 1968 die neonazistische Schrift von Fritz Ranzi: „Österreich — Wunschbild und Wirklichkeit“, eine vols- und kulturgeschichtliche Rückschau im Hinblick auf unsere Gegenwart, erschienen.

● Das Deutsche Kulturwerk fordert:

Die Wiederherstellung der historischen Wahrheit und damit die Ehre des deutschen Volkes, ohne die es keine Wiedervereinigung gibt,

das Ende der Heuchelei in Kunst und Politik,

die Pflege der deutschen Sprache und das Bewahren sittlicher und geistiger Werte, die unser Volk zu einem Kulturvolk prägen,

den Schutz vor einer willkürlichen und gedankenlosen Annahme jeglicher Überfremdung,

das Ende planmäßiger Umerziehung und Charakterwäsche des deutschen Volkes,

die Wiederaufrichtung eigener kulturpolitischer Hoheit unseres Volkes mit dem Recht auf Eigenleben, wie es jedem geschichtlich gewachsenen Volke zusteht.

③ Die Hochschülerschaft der Universität Graz erstattete wegen nationalsozialistischer Betätigung beim „Steirischen Frühling“ Anzeige.

Aus dem Gedächtnisprotokoll des Pressereferenten an der Universität Graz über den „Steirischen Frühling“ 1975. 15 Uhr: Podiumsgespräch: Steht und fällt Europa mit dem deutschen Volk? Mit: Grolitsch, Norbert Burger, Heinrich Härtle, Emil Maier-Dorn, Fritz Münch, Gerd Sudholt, Herbert Schwaiger und Doktor Fritz Stüber.

Nachdem angeblich kein anderer Diskutant gefunden werden konnte, übernahm Fritz Stüber die Rolle des Advokatus diaboli. Er beklagte bei jeder Wortmeldung sein körperliches Unwohlsein bei diesen Formulierungen. Stüber: „KZ, Gaskammern...“, Härtle: „Wir wollen uns doch nicht mit solchen diabolischen Dingen beschäftigen, wir wollen uns doch mit ernsthafteren Argumenten befassen.“ Eine Persiflage auf alles, was nicht national ist. Burger: „Der Krieg wurde uns aufgezwungen. Wir wollten ihn nicht. Deutschland hat immerhin die Gesamtverantwortung über die Alpen.“

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat sich seit langem mit diesem braunen „Kulturwerk“ und den von ihm veranstalteten „Steirischen Frühling“ beschäftigt. In Eingaben an das Bundesministerium für Justiz wurde verlangt, die Staatsanwaltschaft möge Anklage erheben wegen Ver-

letzung jenes Gesetzes, das in der Republik Österreich die Wiederbetätigung für den Nazismus als strafbares Delikt bezeichnet. Es fanden auch Gespräche mit Justizminister Dr. Broda in dieser Angelegenheit statt.

Als bekannt wurde, daß in Graz die große Neonaziprovokation „1000 Jahre deutsche Ostmark“ stattfinden sollte, hat unser Bund von Innenminister Rösch das Verbot dieser gesetzwidrigen, die Opfer der Nazibarbarei verhöhnenden Kundgebung verlangt. Der Innenminister antwortete, daß dieses Verbot erfolgen werde, sobald der nazistische Charakter der geplanten Kundgebung eindeutig feststehe.

Antifaschistische Protestbewegung

Aber die sozialistischen Freiheitskämpfer blieben mit ihrer Forderung nach dem Verbot der Naziprovokation und der Auflösung des „Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes“ nicht allein. Es entstand eine breite antifaschistische Protestbewegung auf überparteilicher Grundlage, an der nicht nur die Angehörigen von Opferverbänden, sondern auch die demokratischen Jugendorganisationen teilnahmen, der steirische Landesjugendbeirat, das Grazer Jugendforum und viele andere.

Die steirische Landesexekutive des ÖGB, viele Betriebsräte und eine große Anzahl angesehenen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kunst unterstützten ein Grazer Komitee, das sich gebildet hatte, um das Verbot zu erreichen, und — wenn dies nicht gelingen sollte — eine machtvolle Gegenkundgebung aller Antifaschisten zu organisieren.

Der Erfolg blieb nicht aus: Es wurde nicht nur die geplante Neonazikundgebung in Graz verboten, sondern auch unsere alte Forderung: Auflösung des „Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes“ — spät, aber doch — erfüllt.

Daraufhin wurde die Neonazikundgebung von der noch immer legalen Nationaldemokratischen Partei (NDP) Norbert Burgers erneut angemeldet. Auch diese Provokation ist durch behördliches Verbot verhindert worden.

Allerdings drängt sich da die Frage auf:

Wenn es eine gesetzliche Grundlage für die Auflösung des „Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes“ gibt, warum wird diese nicht in gleicher Weise angewendet, um auch die NDP endlich aufzulösen?

Bis zu dem Tag, an dem diese Nummer des „Sozialistischen Kämpfers“ unsere Leser erreicht, werden — so fürchten wir — neue neonazistische Provokationen stattgefunden haben. Dennoch sollten uns die bisher erreichten Erfolge mit Zuversicht erfüllen: Der Kampf gegen alle Erscheinungen des Neonazismus ist nicht sinnlos. Es gilt, ihn weiterzuführen, gemeinsam mit jenen jungen Antifaschisten, die für unsere Ideen gewonnen werden konnten!

Der Spanische Bürgerkrieg

Die Solidarität der Revolutionären Sozialisten Österreichs

Aus dem tiefsten illegalen Kampf gegen das austrofaschistische Regime heraus bekundeten die Revolutionären Sozialisten in Aktionen und Publikationen ihre Solidarität mit dem spanischen Proletariat und ihren Widerstand gegen den Putsch des faschistischen Generals Francisco Franco. „Wolkenloser Himmel über ganz Spanien“, lautete der harmlos klingende Code-satz, mit dem die Radiostation Ceuta in Marokko am 18. Juli 1936 den Mitverschwörern Francos das Signal zum Putsch gegen die spanische Republik gab.

Mit Hilfe des deutschen und italienischen Faschismus war Franco imstande, mit seinen maurischen Soldaten aus Spanisch-Marokko auf das Festland überzusetzen und die verfassungsmäßige Regierung anzugreifen.

Einer der ersten Revolutionären Sozialisten Österreichs, die nach Spanien eilten, um im Freiheitskampf gegen den Faschismus mitzukämpfen, war der Wiener Medizinstudent Josef Schneeweiß.¹ Zahlreiche Revolutionäre Sozialisten füllten die Reihen der „Internationalen Brigaden“, um gemeinsam mit Kommunisten und anderen Antifaschisten aus zahlreichen Ländern am Kampf gegen Franco und seine Putschisten teilzunehmen. Für sie war das Lied der Internationalen Brigaden: „Spaniens Freiheit heißt jetzt unsere Ehre — unser Herz ist international“ kein leeres Schlagwort, sondern Bekenntnis ihrer zutiefst internationalen Gesinnung.

Wir wollen uns aber hier vor allem mit dem Echo des Spanischen Bürgerkrieges in Österreich beschäftigen und den Stellungnahmen, Berichten und Aufrufen zur aktiven Solidarität der Revolutionären Sozialisten in Österreich.

Bereits am 26. Juli 1936 berichtete die „Arbeiter-Zeitung“ über den Spanischen Bürgerkrieg und schloß mit den Worten:

„Die Proletarier aller Länder, die österreichischen Arbeiter vor allem, die sich seit 1934 mit den spanischen Brüdern besonders eng verbunden fühlen, sind mit ihren heißesten Wünschen an der Seite der spanischen Freiheitskämpfer!“²

Eine umfangreiche erste Analyse des Kampfes und eine Abrechnung mit den Meldungen in der reaktionär-bürgerlichen Presse, in der deutschen Nazipresse und in der klerikalen Presse Österreichs, die voller Nachrichten über die „Greuel“, die die Verteidiger der spanischen Republik angeblich begangen hätten, aber mit keinem Wort die Verbrechen der spanischen Faschisten erwähnten, gab die „Arbeiter-Zeitung“ ihren Lesern am 2. August 1936.³

Die Nichteinmischungspolitik der Westmächte, die sich zu einem schweren Nachteil auf den Abwehrkampf der spanischen Republik auswirkte, stand im Mittelpunkt des Beitrags „Um Spaniens Schicksal“ des Internationalen Informationsdienstes der RS.⁴ Hier heißt es unter anderem:

„Frankreich hat nur den Verkehr von Katalonien nach dem Baskenland und umgekehrt gestattet, ohne selbst größere Lieferungen zu unternehmen... Einzig das ferne Mexiko hat praktische Solidarität bewiesen; unter ungeheurem Jubel ist in Barcelona nach fruchtloser Verfolgung durch Rebellenflugzeuge ein mit zweieinhalb Millionen Schuß Munition, Flugzeugbestandteilen und Tausenden von Maschinengewehren und Gewehren geladener mexikani-

Spanien und das Staatsschutzgesetz.

Ein Senat des Klagenfurter Landesgerichtes hat den Schuhmachergehilfen Eduard Plösch wegen Verbrechens nach dem Staatsschutzgesetz zu fünf Monaten Kerkers verurteilt, weil er für die Witwen und Waisen der in Spanien gefallenen Freiheitskämpfer Geld gesammelt habe. Der Senat begrün-

dete dieses Urteil damit, die Ziele der spanischen Volksfront seien mit denen der in Österreich verbotenen Kommunistischen Partei identisch; folglich sei jede Sammlung für die spanischen Volksfrontkämpfer eine Förderung einer verbotenen Partei!

Es geht die Polizei einen Dreck an, wenn Arbeiter von ihrem sauer erworbenen Lohn einen Teil hergeben, um die Witwen und Waisen der spanischen Freiheitskämpfer, der Verteidiger der verfassungsmäßigen Ordnung in Spanien, zu unterstützen.

Wieder Verhaftungen wegen angeblicher Spaniensammlung.

Im Bahnhof Brigittenau der Wiener Straßenbahn wurden am 2. November vormittags 28 Straßenbahner, zum Teil vom Wagen weg, verhaftet. Die Polizei verdächtigte sie, für die spanischen Arbeiter gesammelt zu haben. 26 von ihnen mußten allerdings am Nachmittag wieder freigelassen werden, da ihnen nicht das geringste nachgewiesen werden konnte.

Am 15. September hat die Polizei sechs Betriebsräte, sechs Betriebsratsersatzmänner und achtzehn andere Arbeiter der Siemens-Schuckert-Werke in der Engerthstraße und des Leopoldauer Kabelwerkes verhaftet, weil sie für Spanien gesammelt hätten. Unter den Verhafteten

Spanienkundgebung der RJS.

Am Jahrestage des Freiheitskampfes unserer spanischen Genossen wurden in den verschiedenen Teilen des 2., 20. und 21. Bezirkes Solidaritätskundgebungen durchgeführt. So wurden an einzelnen dunklen Plätzen rote Feuer entzündet und in den Strassen tausende Streuzettel mit Dreipfeilen verteilt. Die Aktionen fanden lebhaften Widerhall. An vielen Stellen sammelten sich Gruppen, die ihre Sympathie für das republikanische Spanien zum Ausdruck brachten. Besonders imposant war die Kundgebung auf den grossen Plätzen und verkehrsreichen Strassen, am eindrucksvollsten aber in der Lobau und im Inundationsgebiet. Die von der Polizei sofort durchgeführten Streifungen nach den Urhebern blieben erfolglos. Am nächsten Tag wurden Putzscharen zur Reinigung der Strassen ausgehoben.

Eine große Streuaktion.

In der Woche vor Weihnachten haben die RS. in Wien eine große Streuaktion durchgeführt. Hunderttausende Streuzettel mit Parolen für die Amnestie der politischen Gefangenen und für die spanischen Freiheitskämpfer wurden gestreut. Besonders eindrucksvoll war die Aktion in Margareten. Dort hatte die Polizei gerade in diesen Tagen viele Arbeiter verhaftet

Notizen aus der illegalen Brünnener „Arbeiter-Zeitung“

Besuch bei den Internationalen Brigaden. Von links nach rechts: Friedrich Adler, Sekretär der Sozialistischen Internationale, Pietro Nenni, Kommissar der Internationalen Brigaden, Oberstleutnant Dumont, Kommandant der französisch-belgischen XIV. Brigade, General Julius Deutsch, Luigi Longo, Generalkommissar der Internationalen Brigaden, Walter Schevenels, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Franz Dahlem, Zentralkomitee der KPD, Renaud, Kommissar der XVI. Brigade.



scher Dampfer eingetroffen. Der Ausgang des spanischen Kampfes ist heute in erster Linie vom weiteren Verhalten des Auslandes abhängig. Daß für Frankreich ein faschistisches Spanien den Verlust des Menschen- und Nahrungszuschusses aus Nordafrika und eine neue Front im Süden bedeutet, daß seine Duldung geradezu einem Selbstmord gleichkäme, ist mittlerweile ganz Europa klargeworden. Werden die Klasseninteressen der französischen und erst recht der englischen Bourgeoisie, auf die die Sowjetunion allzu sehr Rücksicht nimmt, auch weiterhin dem spanischen Volk, das heldenmütig um seine Freiheit kämpft, neue Opfer auferlegen? Oder wird eine feste Machtpolitik gegenüber dem ohnehin wieder einmal unsicher gewordenen Italien, gegenüber der Eroberungsgier Hitler-Deutschlands den Sieg davontragen und zu einer zielbewußten Unterstützung der spanischen Volksfront durch alle antifaschistischen Kräfte Europas führen?"

Genosse Julius Deutsch, der als General in der spanischen Armee diente, berichtete mehrmals über die Situation in Spanien. Bereits am 2. Dezember 1936 veröffentlichten die „Mitteilungen des Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten“ (ALÖS) einen Brief von Julius Deutsch aus Madrid.⁵ In dieser Ausgabe ist auch eine Feldpostkarte eines Schutzbündlers aus der Steiermark abgedruckt worden, der folgendes an das Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten schrieb:

„Ihr könnt Euch darauf verlassen, daß ich die RS und mit ihr die österreichische Arbeiterschaft stets ehrenvoll vertreten werde. Ich erfülle hier nur die Pflicht, die uns Koloman Wallisch in seiner letzten Stunde befohlen hat.“

Die dritte Parteikonferenz der Revolutionären Sozialisten Österreichs beschloß einen Aufruf an die Helden des spanischen Freiheitskampfes. Mit leidenschaftlicher Anteilnahme nahmen die RS für die spanischen Genossen Stellung:

„Die Kühnheit, mit der Ihr der faschistischen Übermacht die Stirne bietet, hat freilich durch die internationale Arbeiterbewegung noch viel zu wenig aktive Unterstützung gefunden. Seit dem ersten Tag Eurer Kämpfe treten wir für diese Unterstützung ein. Wir haben uns ganz auf Eure Seite gestellt; wir haben den schändlichen und sinnlosen Gedanken der Nichteinmischung überall bekämpft, diese Friedensheuchelei, die in der bürgerlichen Umwelt unvermeidlich einsetzt, so oft reaktionäre Henker sich anschicken, fortschrittliche und revolutionäre Kräfte eines Landes niederzuwerfen. Wir haben das Doppelspiel der „demokratischen“ Bourgeoisie, die

Sabotage der englischen Regierung, die ängstlich schwankende Politik der französischen Volksfrontregierung, die dem spanischen Volk soviel Schaden zugefügt hat, aufgezeigt und bekämpft. Wir haben von unseren aktiven Kräften Kämpfer in Euer Land gesendet, wir sind allen faschistischen Lügen über Euren Kampf in Österreich energisch entgegengetreten und haben die militärische Hilfe der Sowjetunion freudig begrüßt. Wir werden uns beeilen, alles, was wir für Euch tun können und was Ihr von uns als einer illegalen Bewegung an solidarischer Hilfe verlangen könnt, auch in Zukunft freudig tun... Wir grüßen die heldenhaften Kämpfer und unsere Landsleute in den Internationalen Brigaden! Wir begrüßen mit Enthusiasmus Euch spanische Genossen als den im Augenblick entschiedensten und mutigsten, ruhmbedeckten Vortrupp des revolutionären Weltproletariats!“⁶

Zu einer weiteren großen Auseinandersetzung der illegalen Arbeiterbewegung mit dem Austrofaschismus kam es zu Beginn des Jahres 1938 nach der Anerkennung Francos durch Schuschnigg. Ein gemeinsamer Aufruf der RS und der KPÖ stellte diese Anerkennung der spanischen Putschisten in Verbindung mit dem Freiheitskampf des österreichischen Volkes:

¹ Max Stern: Spaniens Himmel... Die Österreicher in den Internationalen Brigaden. Wien: Schönbrunn Verlag, 1966. S. 26.

² „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 30. 3. Jg. 26. Juli 1936. Die in diesem Beitrag angeführten illegalen Zeitungen und Flugblätter stammen alle aus der Bibliothek des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.

³ „Arbeiter-Zeitung.“ Nr. 31. 3 Jg. 2. August 1936.

⁴ Internationaler Informationsdienst der Revolutionären Sozialisten, 22. September 1936.

⁵ Mitteilungen des Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten. Brünn. 2. Dezember 1936. Siehe auch:

Julius Deutsch: „Zwei Jahre Krieg in Spanien.“ In: „Der Sozialistische Kampf.“ Nr. 5. 30. Juli 1938.

Julius Deutsch: „Spaniens Bedrängnis — Europas Bedrohung.“ In: „Der Sozialistische Kampf.“ Nr. 3. 11. Februar 1939.

⁶ „Die Revolution.“ Organ der Revolutionären Sozialisten Österreichs. 4. Jg. November 1937.

⁷ Mitteilungen des Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten. Brünn. 2. Februar 1938.

⁸ Julius Deutsch: „Spaniens Bedrängnis — Europas Bedrohung.“ In: „Der Sozialistische Kampf.“ Nr. 3. 11. Februar 1939.

⁹ „Arbeiter-Zeitung.“ 1. August 1976. „Spanien feiert die Amnestie.“ Siehe auch: Heinz Ramseier: Spanien. „Zwischen Diktatur und Pseudodemokratie.“ Wien: Sozialistische Jugend Österreichs 1976, S. 10. (Internationale Information.)

„Dem Befehl Mussolinis und Hitlers gehorchend, hat sich Schuschnigg in Budapest zur Anerkennung Francos und seiner verräterischen Rebellengenerale als Regierung Spaniens verpflichtet... Die Anerkennung und Unterstützung Francos ist nicht nur eine Förderung der räuberischen Kriegsziele Hitlers und Mussolinis, sie ist ebenso ein Schlag gegen den Unabhängigkeits- und Freiheitskampf des österreichischen Volkes.“⁷

Als sich das blutige Ende der spanischen Republik abzeichnete, als Tausende Flüchtlinge in einem grauenhaften, gespenstischen Zug über die französische Grenze hasteten, verfaßte Julius Deutsch eine Stellungnahme über das Schicksal Spaniens, das gleichzeitig eine Bedrohung Europas durch den Faschismus darstellte, in der im Exil erscheinenden Zeitschrift „Der Sozialistische Kampf“. Hier kam er zu folgenden Schlußbetrachtungen:

„Der bisherige Verlauf des Bürgerkrieges in Spanien hat dem Faschismus in allen europäischen Ländern einen starken Auftrieb gegeben. Zugleich hat er freilich auch die Gegenkräfte geweckt und auf den Plan gerufen. Heute erkennen breite Massen in allen Ländern intensiver als früher, daß dem Faschismus aktiver Widerstand geleistet werden muß. Diese Erkenntnis zur bestimmenden zu machen und ihr die praktische Politik der sozialistischen Parteien anzupassen, das ist der einzige

Weg, der noch Aussicht eröffnet, das Unheil zu wenden. Werden ihn die Arbeiterparteien gehen? Diese Frage aufwerfen heißt, nicht mehr und nicht weniger, als die Frage nach dem Schicksal Europas stellen. Die Arbeiterbewegung wird sein, solange Europa demokratisch ist. Andererseits wird Europa als kultureller Begriff und Faktor nur dann bestehen bleiben, wenn der Faschismus nicht bloß aufgehalten — das genügt nicht! —, sondern niedergeworfen, besiegt und für alle Zeiten aus dem Leben der Völker verbannt wird.“⁸

Vierzig Jahre nach dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges und ein Jahr nach der blutigen Herrschaft Francos zeigt sich nun endlich unter der neuen Regierung Suarez, die die Verkündigung der Amnestie für 400 der rund 636 politischen Häftlinge bekanntgab, ein schmaler Lichtstreifen auf dem politischen Horizont.⁹

Auch heute gilt es für uns Sozialisten, dem Kampf um die Demokratie in Spanien unsere volle Unterstützung zu bekunden. Die große Spanierendemonstration in Wien am 2. Oktober 1975 war wohl ein Meilenstein der Solidarität aus jüngster Zeit, den die österreichische Arbeiterklasse für das spanische Proletariat gesetzt hat. Tun wir alles, damit dieser Kampf, für den vor vierzig Jahren Revolutionäre Sozialisten gemeinsam mit Kommunisten und Antifaschisten aus aller Welt ihr Leben einsetzten, siegreich beendet werden kann!

An die Helden des spanischen Freiheitskampfes!

Genossen!

In geheimer Parteikonferenz vereinigt, fühlen wir Revolutionären Sozialisten Oesterreichs uns gedrängt, Euch zu versichern, mit welcher Anteilnahme und mit wie tiefem Ernst jeder klassenbewusste Arbeiter Oesterreichs das ungleiche Ringen der fortschrittlichen Massen Spaniens gegen den eigenen und gegen den übermächtigen internationalen Faschismus verfolgt, und wie sehr wir, die vom internationalen Faschismus in die Illegalität gedrängte Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse, jeden Eurer Misserfolge als eigene Niederlage und jeden Eurer stolzen Siege als eigenen Triumph empfinden!

Bewunderung und Staunen erfüllt uns angesichts Eurer Ausdauer in diesem schrecklichsten Bürgerkrieg, den die Faschisten Eures eigenen Landes verbrecherisch entfesselten und den die faschistischen Diktaturen der anderen Länder nähren und erhalten und mit der schändlichen Duldung der übrigen Welt zu ihrem Sieg machen möchten. Ihr, die Arbeitermassen eines ökonomisch noch rückständigen Landes Europas, marschieret heute an der Spitze der revolutionären Kräfte der ganzen Welt. Eure Taten und Eure Opfer werden in der Geschichte der Menschheit stehen als erste grosse Schlacht der proletarischen Massen einer ganzen Nation gegen den Faschismus, als Wiedererweckung aller revolutionären Tugenden in der Arbeiterbewegung, als Einleitung zu den Kämpfen, die die Gesellschaft in allen Ländern umgestalten werden, die das wirkliche Ende der Sklaverei und den Beginn der freien Entwicklung aller Völker bringen.

Die Kühnheit, mit der Ihr der faschistischen Uebermacht die Stirne bietet hat freilich durch die internationale Arbeiterbewegung noch viel zu wenig aktive Unterstützung gefunden. Seit dem ersten Tag Eurer Kämpfe treten wir für diese Unterstützung ein. Wir haben uns ganz auf Eure Seite gestellt; wir haben den schändlichen und sinnlosen Gedanken der

Nichteinmischung überall bekämpft, diese Friedensheuchelei, die in der bürgerlichen Umwelt unvermeidlich einsetzt, so oft reaktionäre Henker sich anschicken, fortschrittliche und revolutionäre Kräfte eines Landes niederzuwerfen. Wir haben das Doppelspiel der „demokratischen“ Bourgeoisie, die Sabotage der englischen Regierung, die ängstlich schwankende Politik der französischen Volksfrontregierung, die dem spanischen Volk soviel Schaden zugefügt hat, aufgezeigt und bekämpft. Wir haben von unseren aktiven Kräften Kämpfer in Euer Land geschickt, wir sind allen faschistischen Lügen über Euren Kampf in Oesterreich energisch entgegengetreten und haben die militärische Hilfe der Sowjetunion freudig begrüßt. Wir werden uns beeilen, alles, was wir für Euch tun können und was Ihr von uns als einer illegalen Bewegung an solidarischer Hilfe verlangen könnt, auch in Zukunft freudig tun.

Unsere grösste Hoffnung ist, dass Ihr Euch einigen könnt in allen Fragen, die Euch im Kampfe heute noch trennen, dass alle proletarischen Kräfte Spaniens sich finden mögen in der Erfüllung der heutigen Kampfaufgaben und sich zusammenschliessen in dem Willen zur ganzen Revolution.

Unser heissester Wunsch ist, dass es Euch gelingen möge, trotz aller wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten dennoch bald den Sieg zu erringen.

Wir grüssen die heldenhaften Kämpfer und unsere Landsleute in den internationalen Brigaden!

Wir grüssen mit Enthusiasmus Euch spanische Genossen als den im Augenblick entschiedensten und mutigsten, ruhmbedeckten Vortrupp des revolutionären Weltproletariats!

Es lebe das revolutionäre Spanien!

Es lebe der Sozialismus!

Die dritte Parteikonferenz der
Revolutionären Sozialisten Oesterreichs.

Aus: „Die Revolution“,
Organ der
Revolutionären
Sozialisten
Österreichs.
4. Jg., No-
vember 1937.

Vergiss nicht, Genosse, dass die bescheidenste Hilfe, die jeder leisten muss, der sich Sozialist nennen will, ein Beitrag für die Weihnachtshilfe der SAH ist!

Venceremos!

Ansprache des Genossen Dr. Guillermo Bown, dem Vertreter der Radikalen Partei Chiles in Österreich, gehalten anlässlich des dritten Jahrestages des faschistischen Putsches in Chile bei einer Veranstaltung der Österreichischen Chile-Solidaritätsfront am 10. September 1976.

Drei Jahre nach dem faschistischen Militärputsch, der den Präsidenten Allende und über 30.000 Chilenen das Leben kostete, hat die Junta unter Augusto Pinochet nichts anderes vorzuweisen als allgemeines Elend, die Ablehnung dieser Regierung durch die Völkergemeinschaft und ein Volk, das unter der schlimmsten Unterjochung in der Geschichte Lateinamerikas leidet.

Das Wirtschaftswunder, das die Junta anstrebte, konnte sich nicht verwirklichen, denn es sollte auf dem Ausverkauf der chilenischen Betriebe an das internationale und nationale Monopolkapital beruhen. Tatsächlich entfesselte die Junta eine brutale Ausbeutung der chilenischen Arbeiter unter dem Vorwand, das Land so aus der Wirtschaftskrise zu führen. Das einzige Ergebnis dieser volksfeindlichen und reaktionären Politik war, daß der Arbeitsertrag der chilenischen Arbeiterklasse in die Kassen der Konzerne fließt.

Die Unterwürfigkeit der Junta gegenüber dem Imperialismus beweist sich nicht nur in der Auslieferung

Die „Junge Generation“ in der SPÖ Wien hat in ihrer Landeskonferenz am 24. April 1976 auch einen Antrag angenommen, der sich mit dem Eingreifen der Internationalen Brigaden in Spanien befaßt.

Seit nun 40 Jahren herrschen Diktatur und Unterdrückung in Spanien, dem letzten faschistischen Staat Europas. 40 Jahre Faschismus bedeuten aber auch 40 Jahre internationale Solidarität mit dem kämpfenden Spanien, die eine Selbstverständlichkeit für jeden Sozialisten sein muß. So wie es für viele österreichische Schutzbündler eine Selbstverständlichkeit war, in den Reihen der Internationalen Brigaden für Freiheit, Demokratie und Sozialismus in Spanien zu kämpfen.

Das Gedächtnis an diese Antifaschisten, die erstmals im November 1936 vor Madrid in den Bürgerkrieg eingegriffen haben, gilt es wachzuhalten und den heutigen Menschen zu vermitteln. Ebenso auch die Einsicht in die Tatsache, daß der Faschismus, der Todfeind der Arbeiterbewegung, eine der Herrschaftsformen des Kapitalismus ist.

Konsequenter antifaschistischer Kampf ist daher letztlich nur der Kampf für eine klassenlose Gesellschaft, für den Sozialismus. Aus diesem Grund stellt die Landeskonferenz der JG Wien den

Antrag

Der Landesvorstand der JG Wien wird aufgefordert, zusammen mit anderen sozialistischen Organisationen Anfang November 1976 zum Gedächtnis der Internationalen Brigaden eine Solidaritätsveranstaltung mit der Gesamtheit des antifaschistischen Widerstandes in Spanien, des UGT und der Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras) zu veranstalten.

Um den Kampf der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte Spaniens für eine demokratische und sozialistische Entwicklung zu erleichtern, fordern wir in erster Linie die österreichische Regierung auf, die antifaschistischen Kräfte und Widerstandsbewegungen und vor allem die Bestrebungen zur Vereinheitlichung auf einer gemeinsamen Plattform zum Kampf für die Demokratie in Spanien zu unterstützen und darüber hinaus die Handelsbeziehungen zu überprüfen.

Falls keine demokratische Entwicklung abzusehen ist, fordern wir die Regierung auf, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen abubrechen, das Land zu boykottieren und zu isolieren, um auf diese Art und Weise der spanischen Arbeiterklasse zu einem möglichst friedlichen und unblutigen Sieg zu verhelfen.

Österreich soll sich besonders in der Sozialistischen Internationale für die Freilassung politischer Gefangener einsetzen und so anderen Regierungen mit gutem Beispiel vorangehen.

aller Güter, die den Chilenen gehören. Pinochet hat auch eine eigene Strategie entwickelt, um die Beschlüsse des Andenpaktes* zu verletzen. Artikel 24 dieses Paktes verbietet den Mitgliedsstaaten die Auslieferung an das ausländische Kapital. Die Junta hat diesen Artikel oft verletzt und wurde dafür von den übrigen Mitgliedern heftig kritisiert; sie wollte diesen Artikel überhaupt zu Fall bringen. Die Militärabkommen mit Brasilien und Bolivien bestätigen übrigens die Absicht, nicht nur ein Land, sondern eine ganze Zone dem Imperialismus zurückzuerobern.

Nach neuesten Untersuchungen sind 22 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Beschäftigung. Die Inflation wird für 1976 auf über 370 Prozent geschätzt. Zur Bekämpfung von Unterernährung und Kindersterblichkeit wurden von den Kirchen Tausende Kinderausspeisungen im ganzen Land organisiert.

Mittlerweile wenden die Experten der Repression ein neues System an: das „Verschwindenlassen“. Mißliebige Personen werden verhaftet und verschwinden, offiziell wird ihre Festnahme abgeleugnet. Die Zahl der bisher Verschwundenen wird auf über 2500 geschätzt. In Dutzenden Kerkern und anderen Orten werden raffinierte Foltermethoden angewendet. Worte sind zu schwach, um diese Situation zu charakterisieren. Wir wollen auch gar nicht Worte hören oder Antworten, sondern wir wollen Taten. Wir wollen auch nicht, daß unsere Tragödie für die internen und Gruppeninteressen in einigen Ländern ausgenützt wird. Wir glauben, daß die Arbeiterschaft und die Jugend in den verschiedenen Ländern über den Fall Chile ohne theoretische Spekulationen nachdenken sollte. Es ist einfach eine Lektion, die Europa schon vor 30 Jahren erteilt wurde und die sich in Chile wiederholt.

Die gegenwärtige politische Lage in Chile ist durch die wachsende Unzufriedenheit der christdemokratischen Basis charakterisiert, welche die Parteispitze zu überrollen droht, und durch die immer heftigere Konfrontation zwischen der katholischen Kirche und der Junta. Der Geist der Freiheit, Genossen, ist in Chile nicht erloschen; nie wird das möglich sein. Mehr denn je sind die strategischen Ziele der Volksbewegung in Kraft: der Kampf gegen den Imperialismus, die Monopole, den Großgrundbesitz und der Kampf um die Errichtung des Sozialismus. Die endgültige Lösung der Probleme des chilenischen Kapitalismus, verschärft durch Rückständigkeit und Oligarchie, kann nur in einer sozialistischen Ordnung von Produktion und Fortschritt erwartet werden.

In der gegenwärtigen Konfrontation mit der Übermacht des Faschismus, der die Arbeiterklasse politisch mundtot machen und ihre Organisation zerbrechen will, haben die Parteien der chilenischen Volksbewegung ihre Kraft, Organisation und revolutionäre Überzeugung unter Beweis gestellt.

Große Leistungen der Vergangenheit sind Bausteine einer größeren Zukunft. So sollen die Größe eines Balmaceda, die Arbeit eines Recabarren, die hohe Gesinnung und Intelligenz eines Pedro Aguirre Cerda und die Berufung, Treue und Hingabe eines Salvador Allende uns das Ausmaß unserer Aufgabe abstecken, heute und jeden Tag, in der Kraft, die aus der Einigkeit wächst, denn nur so helfen wir unserem Volk.

Österreichische Genossen, ihr habt das Wort für eine große Tat an unserer Seite, an der Seite des chilenischen Volkes. Setzen wir alle unsere Energie ein für den einzigen Auftrag, die einzige Aufgabe: Widerstand! Organisation und Aktion machen die Revolution. Entschiedenheit und Einigkeit ergeben zusammen unser VENCEREMOS!

* Der Andenpakt ist eine regionale Wirtschaftsstruktur zum Schutz der nationalen Wirtschaft der Andenstaaten vor den mächtigen ausländischen Einflüssen und zur integralen Entwicklung dieses Raumes.



Anna Kethly †

Anna Kethly, die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, eine der großen Gestalten des Kampfes der ungarischen Arbeiterschaft für Demokratie und Menschenrechte, ist im Alter von 87 Jahren in Brüssel im Exil gestorben.

Schon als kleine Angestellte kam sie zur Arbeiterbewegung und war bald als Gewerkschaftsfunktionärin und Journalistin tätig. Bereits 1920 leitete sie das Frauensekretariat der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, und im Jahre 1922 wurde sie Abgeordnete. Genossin Kethly entwickelte sich rasch zu einer der führenden Persönlichkeiten im Kampf gegen die halbfaschistische Horthy-Regierung. Sie setzte sich nach dem Zusammenbruch der Räterepublik für die Opfer des weißen Terrors ein, die zu Zehntausenden in Gefängnissen und Lagern saßen. Bis zur Besetzung Ungarns im Jahre 1944 galt ihre Haupttätigkeit jedoch der Schaffung institutioneller Voraussetzungen für eine wirksame Gewerkschaftsarbeit, wodurch sie immer wieder in Konflikt mit dem Horthy-Regime geriet. Kethlys besondere Kritik galt auch der Abschaffung der geheimen Abstimmung bei den Parlamentswahlen und den sogenannten Judengesetzen, die die ungarische Nazi-Partei durchsetzte. Als Hitler im März 1944 Ungarn besetzte, wurde die Sozialdemokratische Partei aufgelöst, und die Gestapo versuchte sofort, Anna Kethlys habhaft zu werden. Aber es gelang ihr, im Untergrund weiterzuarbeiten.

Als nach dem Sieg über Hitler auch für Ungarn Tage der demokratischen Freiheit angebrochen schienen, wurde sie stellvertretende Vorsitzende der wiedererstandenen Sozialdemokratischen Partei. In der ersten demokratisch gewählten Nationalversammlung, in der die Kommunisten nur 70 von 409 Sitzen erhielten, war sie Abgeordnete, in der zweiten von 1947 Vizepräsidentin. Die angesehene Vertreterin der ungarischen Arbeiterschaft trat in jenen Jahren immer wieder gegen den drohenden Zusammenschluß zwischen SPU und KPU auf. Und als diese Fusion dann 1948 unter dem Druck der Sowjetunion erzwungen wurde, weigerte sich die tapfere Frau zusammen mit anderen führenden Sozialdemokraten, die Fusion anzuerkennen. Sie wurde in der Folge aus Partei und Parlament ausgeschlossen.

Im Jahre 1950 wurde sie zusammen mit diesen Genossen verhaftet und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Dies löste eine internationale Protestwelle aus: Schon im Juli 1953 hatte die Sozialistische Internationale ihre Stimme für sie erhoben, und 1954 intervenierte die englische Labour Party in Moskau. Anna Kethly wurde aus dem Gefängnis entlassen, blieb aber unter Polizeiaufsicht und Hausarrest. 1956, knapp vor dem Aufstand in Ungarn, erhielt sie von der KP ein Angebot zur „Kooperation“, das sie aber ablehnte, da das Regime am Einparteiensystem festhielt.

Die Internationale zum Tode Kethlys

Mit Anna Kethly hat uns eine der größten Gestalten der sozialistischen Bewegung der Nachkriegsjahre verlassen, eine große Sozialistin und überzeugte Kämpferin für Frieden und Freiheit, die auch die schwersten Schicksalsschläge, Kerker und Verfolgung nicht gebeugt hatten. Ihre Rolle in Ungarn im Jahre 1956 ist unvergessen.

Wir werden ihr stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

Während der Volkserhebung in Ungarn wurde sie am 31. Oktober 1956 zur Vorsitzenden der wieder aktivierten Sozialdemokratischen Partei gewählt. In der nur wenige Tage amtierenden Regierung Imre Nagy bekleidete sie den Posten eines Staatsministers.

Am 1. November 1956 nahm sie auf Einladung der Sozialistischen Partei Österreichs an der Bürositzung der Sozialistischen Internationale in Wien teil, um ihre Freunde im Westen um Hilfe für Ungarn und seine neue Regierung zu ersuchen. Am 4. November gingen jedoch die sowjetischen Truppen in Ungarn zum Angriff über und beendeten mit brutaler Gewalt den Versuch einer Demokratisierung.

Anna Kethly flog nach New York, wo sie vor der UNO gegen die russische Intervention in Ungarn protestierte und damit erreichte, daß die UNO einen fünfköpfigen Ausschuß mit der Untersuchung der ungarischen Tragödie beauftragte. Ihr Bericht diente mit als Unterlage für die Ungarn-Sondersitzung der UNO Mitte September 1957. Als im Juni 1958 Imre Nagy und Pal Maleter hingerichtet wurden, protestierte sie neuerlich vor der UNO und forderte die Ausschließung der Vertreter der Kadar-Regierung aus allen Körperschaften der Vereinten Nationen.

Im Oktober 1957 wurde die Sozialdemokratische Partei Ungarns in der Emigration gegründet, und Anna Kethly wurde deren Vorsitzende. Den ihr im Sommer 1957 vom Straßburger Europarat verliehenen Preis für Verdienste um die Sache der Freiheit von 10.000 D-Mark hatte sie ungarischen Jugendlichen zur Verfügung gestellt. Bis in die letzten Jahre ihres Lebens war sie von ihrem Exil in Brüssel aus noch publizistisch tätig.

Anna Kethly war eine der großen Symbolfiguren des Kampfes nicht nur der ungarischen, sondern der gesamten europäischen Sozialdemokratie um Freiheitsrechte, Demokratie und Menschenwürde. Im Kampf gegen die immer drückender werdenden Versuche der von der Sowjetunion unterstützten Kommunisten, sozialdemokratische Parteien zur Verschmelzung mit den kommunistischen Parteien zu zwingen, unterlag sie in ihrem Lande; doch war ihr Kampf in der ganzen Welt eine große Ermutigung und ein stolzer Beweis für den Freiheitswillen der Sozialdemokratie selbst unter den harten Bedingungen einer von fremden Panzern gestützten Diktatur.

Zwischen zwei Weltkriegen

Im Schloß Pottenbrunn ist derzeit eine historische Sonderausstellung zu besichtigen, die unter dem Titel „Österreich in der Zwischenkriegszeit“ überaus interessante Exponate aus der Zeit 1918 bis 1938 zeigt.

Die Ausstellung, die vom Museumsverein Pottenbrunn, der Stadt St. Pölten und dem Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Kunst und des Kulturreferats der Nö. Landesregierung veranstaltet wird, ist bis zum **31. Oktober 1976 sowie vom 4. April 1977 bis 30. Oktober 1977 täglich (außer Montag) von 9 bis 17 Uhr geöffnet.**

Der umfangreiche Katalog enthält auch ein Geleitwort des Bundeskanzlers. Genosse Kreisky analysiert das Österreich der Zwischenkriegszeit gegenwartsbezogen als eine Übergangsphase und schreibt unter anderem:

„Es wird nicht der Sinn dieser Ausstellung ‚Österreich in der Zwischenkriegszeit‘ sein, die Frage der Schuld zu lösen, sie soll das scheinbar schicksalhafte Schisma der Menschen in diesem Land zwischen 1918 und 1938 nur aufzeigen, illustrieren und dokumentieren.“

Aber auch die den einzelnen Zeitabschnitten vorausgestellten Artikel des Katalogs sind eine wertvolle Ergänzung der ausgestellten Dokumente, Bilder und Gegenstände, die besonders unseren Genossinnen und Genossen darüber Aufschluß geben werden, wie sich die tragischen Ereignisse von damals als „Zeitgeschichte“ einem interessierten Zeitgenossen von heute darstellen; haben doch die meisten von uns die Erste Republik und ihre Nöte noch selbst erlebt und erfahren!

Die 24. Novelle zum OFG

Die 24. Novelle zum Opferfürsorgegesetz (OFG), die vom Nationalrat am 7. Juli 1976 verabschiedet wurde, bringt unter anderem eine Vereinfachung des Verfahrens in der Opferfürsorge.

Die Bestimmung, daß für die Erteilung einer Nachsicht von der Voraussetzung die Zustimmung des Finanzministers erforderlich ist, wird aufgehoben. Künftig ist für die Erteilung einer Nachsicht der Bundesminister für soziale Verwaltung allein zuständig.

Über Wunsch der Opferverbände erhalten nunmehr die den politischen Parteien nahestehenden Opferverbände das Recht, die Mitglieder der Opferfürsorgekommission beziehungsweise der Rentenkommissionen vorzuschlagen.

Die offenen Forderungen der Opfer des Faschismus, die schon seit vielen Jahren immer wieder erhoben werden, wurden auch in der 24. Novelle nicht zur Gänze erfüllt.

Die Verhandlungen waren diesmal wegen der angespannten budgetären Lage schwierig. Trotzdem war es möglich, gegenüber dem ursprünglichen Entwurf einer 24. Novelle zum OFG Verbesserungen zu erreichen.

Die wesentlichsten Verbesserungen

Rückwirkend tritt mit 1. Juli 1976 eine Änderung bei der Bemessung der Hilflosenzulage für Blinde in Kraft: Sie wird in doppelter Höhe gewährt.

Als blind gilt, wer nicht oder nur so wenig sieht, daß er in einer ihm nicht vertrauten Umgebung einen Beistand braucht.

Offen bleibt unsere Forderung, daß der Hilflosenzuschuß auf die halbe Höhe der Unterhaltsrente angehoben wird. Es bleibt weiterhin bei der Regelung, daß Anspruch auf den Hilflosenzuschuß, gemäß § 105 a, Abs. 2 ASVG, nur in der Höhe des jeweils festgesetzten Mindestbetrages — ab 1. Juli 1976 S 1103. — besteht.

Unterhaltsrenten für Hinterbliebene

Der Richtsatz der Unterhaltsrente für Hinterbliebene und die Witwenbeihilfe wird um S 200. — (von derzeit S 3060. — auf S 3260. —) angehoben. Diese Bestimmung tritt aber erst am 1. Jänner 1977 in Kraft.

Eine weitere Änderung, die gleichfalls erst mit 1. Jänner 1977 in Kraft tritt, verbessert die Anspruchsberechtigung der Hinterbliebenen nach dem Ableben eines Opfers.

Gegenwärtig werden Witwen, Lebensgefährtinnen und Waisen nur dann als Hinterbliebene anerkannt, wenn der Tod des Opfers in ursächlichem Zusammenhang mit den in der Haft erlittenen Leiden steht, oder das Opfer zum Zeitpunkt seines Ablebens eine Opferrente, entsprechend einer Erwerbsverminderung von mindestens 90 Prozent, bezogen hat. Allerdings hatten diese Hinterbliebenen keinen Rechtsanspruch auf die Amtsbescheinigung.

Eine alte Forderung der Opferverbände, daß Witwen, Lebensgefährtinnen und Waisen als Hinterbliebene anerkannt werden, wenn das Opfer einen Gesundheitsschaden von mindestens 50 Prozent durch die Verfolgung erlitten hatte, wurde in den Verhandlungen zur 24. Novelle neuerdings erhoben: Leider konnte nur ein Teilerfolg erzielt werden.

Nach den neuen Bestimmungen werden die Hinterbliebenen anerkannt, wenn das Opfer vor seinem Tode eine Opferrente auf Grund einer Erwerbsverminderung von 70 Prozent bezogen hatte.

Diese Bestimmung findet auch auf jene Fälle Anwendung, wenn das Opfer vor dem 1. Jänner 1977 verstorben ist, aber zu diesem Zeitpunkt auf eine Opferrente von 70 oder 80 Prozent Anspruch hatte.

Doch auch in diesen Fällen besteht für die Hinterbliebenen kein Anspruch auf die Amtsbescheinigung.

Haben diese Hinterbliebenen auch keinen Anspruch auf die Amtsbescheinigung, so können sie aber doch

die Leistungen der Heilfürsorge in Anspruch nehmen.

Unser Genosse **Eduard Kittl** hat im Parlament für die Opfer das Wort ergriffen und führte unter anderem aus:

Die sozialistische Bundesregierung hat dem Hohen Haus, in der Zeit während der sie sich im Amt befindet, zum Opferfürsorgegesetz aus dem Jahre 1947 bereits die 4. Novelle zur Beschlußfassung vorgelegt; das ist heute insgesamt gesehen die 24. Opferfürsorgegesetz-Novelle.

Im vergangenen Jahr, im Jahr der großen Jubiläen über den Widerstandskampf gegen den Faschismus, wurde mit großem Ernst an die mehr als 100.000 Opfer aus der Zeit des Grauens erinnert. Sicher brachten diese Jubiläen Denkanstöße, um uns daran zu erinnern, daß aus diesem Kampf unsere Freiheit erwachsen ist und daß es daher unser Bemühen sein muß, die Forderungen der Opfer und deren Hinterbliebenen aus der Zeit ohne Gnade zu erfüllen.

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände hat zur 24. OFG-Novelle eine Stellungnahme abgegeben und darauf verwiesen, daß noch immer eine Reihe offener Forderungen für Opfer und Hinterbliebene bestehen, die auch in der vorliegenden Novelle keine Berücksichtigung gefunden hätten: Wiederholt wurde die bessere Anerkennung als Hinterbliebene unter Ausschaltung der Kausalitätsfrage verlangt, also des Zusammenhanges zwischen anerkannten Haftleiden und Todesursache, die Erhöhung der Richtsätze für die Unterhalts- und Teilunterhaltsrente sowie der Beihilfen gefordert und auch die Erhöhung der Hilflosenzulage gewünscht.

Wenn auch dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft auf eine Erhöhung der Hilflosenzulage auf die Hälfte der Unterhaltsrente und Beihilfen nicht voll entsprochen werden konnte, so bedeutet die Gewährung der Hilflosenzulage gemäß § 105 a Abs. 2 ASVG eine Erhöhung des Betrages von S 1031. — auf S 1103. —: Diese Erhöhung wird ab 1. Juli 1976 wirksam. Nur für Blinde war es möglich, wenn sie die Voraussetzung des Abs. 12 im § 11 erfüllen, daß sie ab 1. Juli 1976 die Hilflosenzulage in doppelter Höhe bekommen.

Die Zusammensetzung der Mitglieder der Rentenkommissionen und der Opferfürsorgekommission auf Grund von Vorschlägen der drei Verfolgtenverbände entspricht einem Wunsch dieser Organisationen, die sich um die Durchsetzung der Rechte der Opfer des Faschismus große Verdienste erworben haben.

Der Abgeordnete Otto Skritek ist schon in der 12. und 13. Gesetzgebungsperiode mit großem Engagement für die Rechte der Opfer des Faschismus und ihrer Hinterbliebenen eingetreten. Mit der Zustimmung zur 24. OFG-Novelle bekunden die sozialistischen Abgeordneten des Hauses jetzt den Willen, daß sie auch in Zukunft bereit sind, Ergänzungen in der Opferfürsorgegesetzgebung durchzusetzen.

Abschließend kann festgestellt werden, daß auch die 24. Novelle zum OFG einen Fortschritt in der Opferfürsorge bedeutet. Dies ist besonders dem Entgegenkommen und dem Verständnis des Sozialministers, unseres Genossen Ing. Rudolf Häuser, zu danken. Wir sind überzeugt, daß er, wenn es ihm möglich gewesen wäre, alle unsere restlichen Wünsche erfüllt hätte. So müssen wir wieder versuchen, die Lösung der noch offenen Fragen in einer 25. Novelle zum Opferfürsorgegesetz durchzusetzen.

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

Nun komm ich als Richter...

Ich hatte dies Land in mein Herz genommen.
Ich habe ihm Boten um Boten gesandt,
In vielen Gestalten bin ich gekommen, —
Ihr aber habt mich in keiner erkannt.

Ich klopfte bei Nacht, ein bleicher Hebräer,
Ein Flüchtling, gejagt, mit zerrissenen Schuh'n.
Ihr riefet dem Schergen, ihr winktet dem Späher
Und meintet noch, Gott einen Dienst zu tun!

Ich kam als Greisin, zitternd, geschwächt
Voll Angst und bat mit stummem Geschrei.
Ihr aber sprachet vom Zukunftsgeschlecht,
Und nur meine Asche gabet ihr frei.

Verwaister Knabe auf östlichen Flächen,
Ich fiel euch zu Füßen und flehte um Brot.
Ihr aber scheutet ein künftiges Rächen,
Ihr zucktet die Achseln und gabt mir — den Tod!

Ich kam dann als Häftling, als Sklave zu euch,
Verschleppt und verkauft, von der Peitsche zerfetzt.
Doch ihr wandtet den Blick, von dem Schatten so bleich.
Nun komm ich als Richter —

...erkennt ihr mich jetzt?

Rettet George Fernandes!

Die Sozialistische Internationale hat einen Verteidigungsfonds für den vom Regime Indira Gandhis unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehaltenen Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Indiens, George Fernandes, ins Leben gerufen. Die Mittel des Fonds, der neben anderen von dem englischen Nobelpreissträger Philip Noel Baker und dem bekannten Verfechter der Menschenrechte Lord Fenner Brockway unterstützt wird, werden dazu verwendet, für die Verteidigung von George Fernandes international bekannte Rechtsanwälte zu gewinnen. Der Prozeß gegen Genossen Fernandes soll schon in nächster Zeit beginnen.

Unter dem berüchtigten Ausnahmezustand, den Indira Gandhi verkünden ließ, droht dem indischen Sozialistenführer die Todesstrafe! Nur der Druck der internationalen demokratischen Öffentlichkeit kann das autoritäre Regime Indira Gandhis dazu bringen, die falschen Anklagen gegen Fernandes zurückzuziehen, das „Verfahren“ einzustellen und ihn freizulassen.

Leila Fernandes, die Frau des unter unmenschlichen Bedingungen in Haft gehaltenen Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Indiens und Gewerkschaftsführers, sprach auch mit Bundeskanzler Dr. Kreisky und informierte ihn über die näheren Umstände der Inhaftierung und die gegen ihren Mann erhobene Anklage.

Genosse Kreisky erklärte Frau Fernandes, daß er für ihre schwierige Lage größtes Verständnis habe. Denn in der Sozialistischen Partei Österreichs gibt es ein starkes Gefühl der Sympathie und Solidarität für die indischen Sozialisten, und besonders für deren Vorsitzenden George Fernandes.

Solidaritätsfonds der SPÖ

Wir appellieren daher an alle Freunde der Menschenrechte und der Demokratie, einen Beitrag zur Rettung von George Fernandes zu leisten. Spenden werden an den „Solidaritätsfonds der SPÖ“, Postsparkassenkonto 1618.800, Kennwort Fernandes, erbeten.

Helfen wir mit!

Die Aktion zur Befreiung politischer Gefangener in Chile

Seit einigen Monaten besteht, so wie in anderen europäischen Ländern, auch bei uns in Österreich die Möglichkeit, chilenische politische Gefangene zu adoptieren. In den Ländern, in denen diese Aktion schon seit einiger Zeit läuft, wie etwa in Frankreich und der BRD, konnten schon Erfolge verzeichnet werden.

Wir rufen alle Genossinnen und Genossen dazu auf, uns bei dieser Aktion zu helfen, indem sie in den Sektionen und Bezirksgruppen dafür eintreten, daß politische Gefangene aus Chile adoptiert werden, oder selbst eine Patenschaft übernehmen. Anmeldungen wären an das Jugendkontaktkomitee im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, Wien I, Löwelstraße 18/IV, zu schicken. Um uns die Arbeit zu erleichtern, bitten wir Euch aber, schon bei der Anmeldung zu vermerken, daß die Informationen über diese Patenschaftsaktion aus unserer Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ stammen.

Was ist zu tun? Die erste Aufgabe besteht im wesentlichen darin, Briefe an den Gefangenen selbst, an seine Familie und an bestimmte Stellen in Chile und in Österreich zu schreiben. Liegt nun eine Anfrage oder eine Meldung zur Aktion vor, dann schicken wir der betreffenden Genossin oder dem Genossen einen genauen Leitfaden zu, der unter anderem auch Briefmuster und die wichtigsten Adressen enthält. Gleichzeitig wird auch ein Gefangener zugeteilt und die über ihn bekannten Daten werden bekanntgegeben. Chilenische Freunde, die schon sehr gut deutsch sprechen können, werden bei der Formulierung der Briefe mithelfen, die ja in spanischer Sprache geschrieben werden müssen.

Die konkrete Taktik der Arbeit hängt von der rechtlichen Situation des betreffenden Gefangenen ab. Daher ist es unumgänglich notwendig, sich bei beabsichtigter Übernahme einer Patenschaft ständig über alle Schritte zu informieren und engen Kontakt mit dem Jugendkontaktkomitee (Genossin Ruth Lichtenberg) zu halten.

Wir wissen, daß diese Aktion sehr viel Arbeit bedeutet. Wir wissen aber auch, daß damit jeder, der sich daran beteiligt, einen wertvollen Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus in Chile leistet. Deshalb rufen wir alle Genossinnen und Genossen auf, bei dieser Aktion mitzumachen.

Anna Nosicka gestorben

Am 19. September 1976 starb Anna Nosicka. Schon als ganz junger Mensch kam sie aus ihrer mährischen Geburtsstadt nach Wien, um hier Arbeit zu suchen. Und im Jahr 1913 trat sie der sozialdemokratischen Partei bei; von da an war sie bis zu ihrer schweren Krankheit als Mitarbeiterin tätig. Unermüdet warb sie für die Idee des Sozialismus, weil ihr durch ihr eigenes Schicksal klargeworden war, daß die arbeitenden Menschen nur dann bessere Lebensbedingungen erreichen würden, wenn sie gemeinsam den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufnahmen.

Als nach dem Ersten Weltkrieg das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, war Genossin Nosicka voll Eifer dabei, möglichst vielen Frauen klarzumachen, daß nur die Sozialdemokraten ihre Lebensverhältnisse verbessern würden. Es gelang ihr auch im Laufe ihres Lebens, viele Hunderte Funktionärinnen für unsere Partei zu gewinnen. Sie selbst blieb dabei immer bescheiden im Hintergrund und leistete überall, wo es not tat, die Kleinarbeit für unsere Bewegung; als Subkassierin und als Kolporteurin war sie unermüdet tätig. Kein Parteitag, kein Maiaufmarsch, keine Wiener Konferenz und keine Frauen-Konferenz wären denkbar gewesen, wo unsere Anna nicht auftauchte, um Abzeichen, Broschüren und Zeitungen zu verkaufen.

Für sie war es einfach eine Selbstverständlichkeit, daß sie im Untergrund weiterarbeitete, als unsere Partei im Jahre 1934 verboten wurde. Schon in den Februartagen des Jahres 1934 begann diese ihre Tätigkeit. Sie hatte in ihrer Wohnung im Rabenhof, im 3. Wiener Gemeindebezirk, Waffen für den Schutzbund aufbewahrt. Als in den städtischen Wohnhäusern Hausdurchsuchungen durchgeführt wurden und Heimwehr und Polizei in die Wohnungen kamen, da lud sie die Gewehre und die Munition auf ein Handwagerl auf, bedeckte das Ganze mit einigen Teppichen und fuhr tagelang in der Stadt herum, bis sie einen sicheren Ort fand, wo sie die Waffen wieder so verstecken konnte, daß sie nicht in die Hände unserer Gegner fielen. Es war auch selbstverständlich für sie, daß sie von allem Anfang an die kleine „Arbeiter-Zeitung“ und die illegalen Beitragsmarken vertrieb. Und sogar noch Anfang 1945 versteckte sie unseren späteren Bezirksvorsteher in ihrer Wohnung, als er zum „Volkssturm“ einberufen wurde.

Genossin Anna Nosicka war unter den ersten, die im Jahre 1945 die legale Tätigkeit für unsere Partei wieder aufnahmen, und es gelang ihr immer wieder, neue Mitglieder und Mitarbeiter für unsere Idee zu begeistern.

Als am 28. September 1976 im Krematorium Wien-Simmering die Totenfeier für sie stattfand, würdigte Genossin Frieda Nödl die unermüdetliche Arbeit, die Genossin Anna Nosicka zeitlebens für die Gemeinschaft geleistet hatte. Genossin Nödl schilderte das harte Schicksal, das unsere verstorbene Freundin erleben mußte und das sie doch nicht verbitterte. Sie sprach

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet: Werner Bergengruen, Herbert Exenberger, Walter Hacker, Josef Hindels, Ruth Lichtenberg, Rudolfine Muhr, Frieda Nödl, Josef Pernerstorfer, Rudolf Trimmel.

von ihrer Hilfsbereitschaft, ihrer Güte und hob als wesentliches Merkmal dieses Lebens die unverbrüchliche Treue hervor, die sie allen Menschen hielt, mit denen sie in Kontakt kam, und die Leidenschaft, mit der sie zu der Idee stand, der sie sich in jungen Jahren verschrieben hatte.

Die ganze Partei und mit ihr der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer haben durch den Tod Anna Nosickas in der Tat einen schweren Verlust erlitten. Eine tapfere und unermüdliche Kampfgefährtin aus den opfervollen Jahren des grün-weißen und dann später des braunen Faschismus, nach 1945 eine selbstlose, stets hilfbereite Funktionärin, hat uns für immer verlassen. Sie war erfüllt von den Idealen des Sozialismus und wirkte mit ganzer Hingabe für die Verwirklichung unserer Ziele.

Genossin Anna Nosicka wird der Bewegung und ganz besonders allen, die sie kannten und mit ihr arbeiteten, stets unvergessen sein.

Charles A. Gulick — 80 Jahre

Der bekannte amerikanische Universitätsprofessor Charles A. Gulick beging kürzlich seinen 80. Geburtstag. Und so unwahrscheinlich es auch klingen mag, aber es ist eine Tatsache: Das beste, umfassendste und gründlichste Werk über die Geschichte der Ersten Republik hat kein Österreicher geschrieben, sondern der Amerikaner Charles A. Gulick. Das Geschichtswerk umfaßt in der Originalausgabe zwei umfangreiche Bände und ist unter dem Titel „Österreich von Habsburg zu Hitler“ im Jahre 1948 in Berkeley erschienen.

Noch im gleichen Jahre wurde von einem ausgezeichneten Übersetzer-Team, das unter der Leitung unseres Genossen Jacques Hannak stand, eine Übersetzung ins Deutsche erarbeitet. Diese Übersetzung erschien dann im Danubia-Verlag in Wien in einer fünf-bändigen Ausgabe.



Aus der
DDR-Briefmarkenserie
Mahnmale

Kunstwerk des Monats

Die nachmodellerte Plastik der Steinstatue „Die Mahnende“ des Mahnmals für die Opfer des Faschismus auf dem Zentralfriedhof in Wien ist von den Staatlichen Museen zu Berlin zum „Kunstwerk des Monats“ erklärt worden.

Die Figuren der Gedenkstätte, die nach dem Entwurf der Wiener Architekten Cremer und Schütte errichtet worden ist, symbolisieren bekanntlich den Kampf um die Freiheit, die Anklage gegen den Faschismus und die Trauer um die Opfer, die für die Freiheit gefallen sind.

Das Mahnmal wurde auf Grund eines Beschlusses des Wiener Stadtsenats vom 18. September 1946 errichtet und von Bürgermeister Theodor Körner am 1. November 1948 enthüllt.

Neben vielen anderen Auszeichnungen erhielt Charles A. Gulick schon im Jahre 1950 den Preis der Stadt

Wien für Geisteswissenschaften und im Jahre 1972 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Jetzt hat der Bundeskanzler im eigenen Namen, vor allem aber im Namen der Sozialistischen Partei, Professor Charles A. Gulick zur Vollendung seines 80. Jahres ein Glückwunschtelegramm geschickt, in dem es heißt:

„Mit diesen Wünschen verbinde ich den Dank für die hervorragenden Verdienste, die Sie durch Ihr unvergessenes Wirken als großer Historiker der österreichischen Arbeiterbewegung erworben haben.“

Mögen Sie die vor Ihnen liegenden Jahre im Besitz guter Gesundheit sowie in dem sicheren Bewußtsein verbringen, einen großartigen Beitrag zum Verständnis der Geschichte unseres Landes geleistet zu haben.“

In einer der nächsten Nummern unserer Zeitung werden wir diesen großen Freund Österreichs noch besonders würdigen.

Mißbrauch oder Segen

In unserem Lande ist die am weitesten verbreitete und daher gefährlichste Suchtform noch immer der Alkoholismus. Und daraus ist auch leicht zu erklären, daß es so viele Menschen gibt, die in Wirklichkeit mehr oder weniger vom Alkohol abhängig geworden sind, ohne es sich selbst einzugestehen. Dazu kommt in den letzten Jahren noch eine andere Form der Einengung der eigenen Persönlichkeit: Der Drogen-Mißbrauch durch junge Menschen und als Folge davon ihre Abhängigkeit von Drogen der verschiedensten Art.

Es muß aber festgestellt werden, daß es auch eine dritte Suchtform gibt, die leider sehr rasch im Ansteigen begriffen ist und dennoch viel zu wenig beachtet wird. Es ist die Abhängigkeit von vielen gebräuchlichen Medikamenten, den Schlaf- und Beruhigungsmitteln, die als „Kopfweg-Pulver“ weit verbreitet sind. Daß dazu auch noch zahlreiche Kombinationspräparate kommen, die in jeder Apotheke frei verkäuflich sind, verschlimmert nur die Situation.

Da die Gefahren der dauernden, fast schon gewohnheitsmäßigen Einnahme von solchen Präparaten, ohne daß sie vom Arzt verordnet worden wären, im allgemeinen nicht genug bekannt sind, wird Univ.-Prof. Dr. Kornelius Kryspin-Exner, der Vorstand der Psychiatrischen Universitätsklinik Innsbruck, während des Monats November über das Telefon ausführlich darüber sprechen.

In Wien genügt es, die Kurzurufnummer 1770 zu wählen, um diesen Telefondienst abhören zu können. Aber auch in Linz (0 72 22) 194, Klagenfurt (0 42 22) 196, Innsbruck (0 52 22) 1952 und Feldkirch (0 55 22) 182 kann diese medizinische Beratung per Telefon in Anspruch genommen werden.

Freier Museumsbesuch

Nun können alle Personen österreichischer Staatsbürgerschaft die Bundesmuseen besuchen, ohne Eintrittsgeld zu bezahlen, vorausgesetzt, daß der Besucher das 60. Lebensjahr vollendet hat. Diese Verfügung hat Genossin Hertha Firnberg in ihrer Eigenschaft als Bundesminister für Wissenschaft und Forschung getroffen. Die Anspruchsberechtigung auf freien Eintritt in die staatlichen Sammlungen ist einfach durch die Vorweisung eines geeigneten Personalausweises an der betreffenden Museumskasse zu belegen.

Rentner und Pensionisten können bekanntlich schon bisher die staatlichen Museen bei freiem Eintritt besuchen und brauchen keinen Altersnachweis zu erbringen.

Diese neue Begünstigung wird besonders zu Beginn der herbstlichen Jahreszeit sehr begrüßt, und wir nehmen an, daß Museumsbesuche nun noch häufiger auf dem Tagesprogramm vieler unserer Genossinnen und Genossen stehen werden als bisher.

Neo-Nazis tauchen wieder auf

Während der letzten Monate häuften sich wieder die Überfälle meist jugendlicher Neo-Nazis auf die verschiedenen Jugendzentren in Wien: Fahrradketten und Schlagstöcke sind ihre „Argumente“.

So wurden in Wien-Simmering einzelne Genossen der SJ von Nazischlägern am Betreten des SJ-Lokales gehindert und mit den Worten bedroht, „Wannst'd weiter gehst, so schiaß i da in'n Fuaß!“ ...

Die Polizei holte zwar fünf der NDP-Schläger, aber lieferte nur mehr zwei auf dem Kommissariat ab. Wir fragen uns: Wohin sind denn die drei anderen Gewalttäter unterwegs verschwunden? Sind sie etwa in Ver lust geraten?

Übrigens betreibt die von uns schon mehrfach zitierte Aktion Neue Rechte (ANR) seit Schulanfang wieder eine recht intensive Tätigkeit. Waren es bisher bei den verschiedenen Veranstaltungen die bereits sattem bekannten Gesichter, so sind bei den in letzter Zeit abgehaltenen Versammlungen wieder bestens eingeschulte „Aktivisten“ neu aufgetaucht.

Die ANR hat übrigens als eine erste Aktion Häuser und Mauern in den Bezirken 1, 8, 10 und 11 mit den Parolen „Wir sind die Kraft, die Ordnung schafft“ und „Kärnten deutsch und ungeteilt“ beschmiert. Ein Teil der neuen „Treuteutschen“ soll bereits an einem „Nahkampf-Ausbildungslager“ in Bayern teilgenommen haben und in Schläger-Techniken geschult worden sein.

NS-Verbrechen vor USA-Gerichten

Die Behörden in den Vereinigten Staaten stellen nun ebenfalls Personen vor Gericht, die dringend verdächtig sind, im Zweiten Weltkrieg an NS-Verbrechen gegen Juden beteiligt gewesen zu sein. Im nächsten Monat beginnen solche Verfahren vor drei Richterkammern der US-Einwanderungsbehörde in New Britain (Connecticut), Baltimore (Maryland) und New York.

Angeklagt sind Bronius Kaminskas, Karli Detlavs und Boleoslav Maikowskis, die beschuldigt werden, bei ihrer Einwanderung in die Vereinigten Staaten nach dem Krieg über ihre Tätigkeit während des Krieges falsche Angaben gemacht zu haben. Sie solien deshalb die Staatsbürgerschaft verlieren und des Landes verwiesen werden. Alle drei Angeklagten sollen in Osteuropa zahlreiche Juden in Gefängnissen und Konzentrationslagern gefoltert und ermordet haben. Rund zwanzig jetzt in Israel lebende Zeugen sind für die drei Verfahren vorgeladen worden. Obwohl die Anklage sich nur auf Verstöße gegen die Einwanderungsbestimmungen stützt, wird sich die Hauptverhandlung fast ausschließlich mit den NS-Verbrechen beschäftigen, die den Beschuldigten angelastet werden.

Nach Mitteilung der Einwanderungsbehörde (INS) sind in 77 weiteren Fällen Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Gegen die Entscheidung der INS-Gerichte ist Berufung zur Appellationskammer möglich. Wenn der Beschuldigte auch dort unterliegt, kann er sich an die ordentlichen Gerichte wenden und bis zum Obersten Gerichtshof gehen.

Bisher war erst in zwei Fällen gegen Einwanderer aus Europa ein Deportationsverfahren wegen Verdachts von Kriegs- und NS-Verbrechen eingeleitet worden:

Das Verfahren gegen die ehemalige KZ-Aufseherin Hermine Braunsteiner-Ryan hatte 1972 in New York begonnen, war aber nicht zu Ende geführt worden, weil die Beschuldigte 1973 in die Bundesrepublik ausgeliefert wurde. Sie steht in Düsseldorf unter Mordanklage vor Gericht

Denkmal für Baby Jar

Über dem Berghang der Schlucht von Baby Jar, am Stadtrand von Kiew, wo während des Krieges zahlreiche Einwohner der ukrainischen Hauptstadt von SS-Sonderkommandos ermordet wurden, ist ein Denkmal errichtet worden.

Auf der Bronze-Platte, die zu Füßen der 15 Meter hohen Skulpturen-Gruppe angebracht ist, spricht die Inschrift von „über hunderttausend Bürgern der Stadt Kiew und Kriegsgefangenen“, die 1941 bis 1943 von den Faschisten erschossen wurden. Das Denkmal zeigt einen Untergrundkämpfer, einen Sowjetsoldaten mit geballter Faust, einen Matrosen, der eine alte Frau schützt, und ein junges Mädchen, das sich im Kugelhagel über ihren gefallenen Geliebten beugt. Die Gruppe wird durch eine junge Mutter überragt, Symbol des Lebens, das über den Tod triumphiert.

In Baby Jar sind Russen, Ukrainer, Juden, Weißrussen und Polen von den Okkupanten getötet worden, darunter allein 30.000 Soldaten, Kommandeure und politische Kommissare der Roten Armee und Matrosen der Dnjepr-Flottille. Während des dann einsetzenden Rückzuges haben die Hitler-Leute im Herbst 1943 versucht, die Spuren ihrer scheußlichen Untaten zu tilgen.

**In einer welt,
in der sich die
menschen umso
überlegener
dünken,
„je steifer ihre
seidengewänder
und je üppiger
ihre roßschweife“*
sind, kommt das
menschliche
stets zu kurz.
Besonders dann,
wenn auch jene
mandarine schon
ausgestorben
sind, die gefäße
tausendjähriger
weisheit waren.
Hochmut und
hemdärmeliges
benehmen sind
dafür kein ersatz.**

***) chinesische spruchweisheit**



Gewissen der Partei

Ein Brief, über den wir uns sehr gefreut haben, kommt von einem altbewährten Mitarbeiter und Kampfgefährten. Wir veröffentlichen daraus einige Zeilen.

Liebe Genossen... Bei dieser Gelegenheit möchte ich Euch dafür danken, daß Euer Bund noch wie vor als moralisches Gewissen innerhalb der Partei wirkt, was mehr dem je mehrbedeutend zu sein scheint...

In aller Freundschaft

Anton Jurek

Unsere Zeitung will das Organ unseres Bundes und aller Mitglieder sein und immer wieder bestrebt bleiben, dem „Gewissen der Partei“ auch Gehör zu verschaffen. Aber jede Genossin und jeder Genosse muß überall dazu beitragen, gleichgültig, welche Funktion er in unserer großen Sozialistischen Partei ausübt.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)

Die Benützung der Bestände des Dokumentationsarchivs der Österreichischen Widerstandsbewegung, Altes Rathaus, Wien 1, Wipplingerstraße 8, ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 8 bis 17 Uhr möglich.

1010 Wien 1, Wipplingerstraße 6—8, Stiege III
Telephon 63 07 31/332

Aus dem Bundesvorstand

Antifaschistisches Seminar

Das Antifaschistische Jugend-Kontaktkomitee veranstaltet am 13. und 14. November 1976 wieder ein Seminar, das diesmal im „Haus der Begegnung“, Wien 19, Gatterburggasse 2a, abgehalten wird.

Als Themen sind vorgesehen:
„Faschismus-Neofaschismus“ — Gibt es eine faschistische Gefahr?

„Vom Zusammenbruch der 2. Internationale bis zum 12. November 1918“

Die Referenten werden noch rechtzeitig bekanntgegeben.

Anmeldungen zu diesem Seminar werden auch im Sekretariat des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, 1, Löwelstraße 18/IV, entgegengenommen.

Bundeshauptversammlung 1977

In der Bundesvorstands-Sitzung vom Freitag, dem 15. Oktober 1976, und der anschließenden Obmänner-Konferenz wurde als Termin für die Bundeshauptver-

sammlung 1977 der 29. und 30. April 1977 in Aussicht genommen. Sie wird in Wien abgehalten werden und im Zeichen des 30. Jahrestages der Gründung unseres Bundes stehen. In diesem Sinne soll auch das Hauptreferat gehalten werden.

Die Delegierten werden dann am 30. April 1977 Gelegenheit haben, am Fackelzug der Sozialistischen Jugend teilzunehmen und am 1. Mai 1977 der Kundgebung der Wiener Sozialisten auf dem Wiener Rathausplatz beizuwohnen.

Alle näheren Einzelheiten und Informationen werden rechtzeitig zusammen mit der Einberufung der Bundeshauptversammlung bekanntgegeben. Wir bitten nur schon jetzt, den in Aussicht genommenen Termin freizuhalten.

Aus dem Wiener Landesverband

Gedenkfeier

Anlässlich des 40. Jahrestages des Eingreifens der Internationalen Brigaden in Spanien, veranstaltet der Wiener Sozialistische Jugendrat am Samstag, dem 6. November 1976, eine Gedenkfeier im „Haus der Begegnung“, Wien 19, Gatterburggasse 2a. Das Referat wird unser Genosse Josef Hindels halten.

Die Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen, an dieser Feierstunde teilzunehmen.

Die Fachgruppen berichten:

Polizei

Sprechstunden. Wir machen unsere Genossen darauf aufmerksam, daß die Sprechstunden in der Postgasse entfallen und bei Bedarf von nun an in Wien 1, Löwelstraße 18, 4. Stock, abgehalten werden. Zugleich bitten wir um telefonische Terminvereinbarung im Sekretariat unseres Bundes.

Die Bezirke berichten:

Leopoldstadt

Robert Landau †. Am 16. September 1976 ist unser Genosse Robert Landau im Alter von 79 Jahren gestorben. Er gehörte unserem Bund schon seit seiner Gründung an und war in den letzten Jahren auch Mitglied des Vorstandes unserer Bezirksgruppe, in welchem er mit großer Gewissenhaftigkeit seine Funktion als Kassier ausübte.

Genosse Landau war auch viele Jahrzehnte hindurch Mitglied unserer Partei und ein eifriger Mitarbeiter der Sektion 2 der SPÖ Leopoldstadt.

Wir werden diesem treuen Genossen und Leidensgefährten stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Margareten

Gratulation zur goldenen Hochzeit. Genosse Felix Spitz und seine Gattin Adele konnten im vergangenen Monat ihre goldene Hochzeit feiern. Aus diesem Anlaß gab es für die beiden bewährten Kampfgefährten eine Reihe von Ehrungen seitens der Bezirksorganisation, der Bezirksgruppe und zahlreicher Freunde des Jubelpaares. Auch der Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer hatte am 27. August 1976 ein Glückwunschtelegramm geschickt:

Zur bevorstehenden Feier der goldenen Hochzeit gratulieren wir im Namen des Bundesvorstandes der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus allerherzlichst. Wir wünschen Euch noch viele Jahre einer glücklichen Zweisamkeit: vor allem aber wünschen wir Gesundheit.

Wir danken Euch auch für Eure Haltung in schwerer Zeit und grüßen in Freundschaft und Verbundenheit!

All den vielen Glückwünschen schließen auch wir uns an. Und ein herzliches „Freundschaft!“ euch beiden!

Neubau

Heinrich Köbel †. Am Sonntag, dem 26. September 1976, ist unser Genosse Heinrich Köbel nach einem langen und schweren Leiden verstorben. Die Bezirksgruppe verliert mit ihm einen Kampfgefährten, der schon seit seiner Jugend ein aufrechter Sozialist war und der von ihm so geschätzten Partei in den verschiedensten Funktionen diente. Für seine umfangreiche Tätigkeit als Obmannstellvertreter, Bezirkskassier, Be-

zirksrat, Mitglied des Bezirksvorstandes und Obmann des Überwachungsausschusses war Genosse Köbel schon anlässlich seines 70. Geburtstages mit der Victor-Adler-Plakette geehrt worden.

Unser Heinrich hatte auch die Kerker des Faschismus kennenlernen müssen, denn er war aktives Mitglied des Republikanischen Schutzbundes und später der RS.

An der Trauerfeier, die am Mittwoch, dem 6. Oktober 1976, im Krematorium Wien-Simmering abgehalten wurde, nahmen zahlreiche Genossinnen und Genossen aus den harten Tagen der Kampfzeit gegen den Faschismus in Österreich teil. Die Beisetzung der Urne fand am Dienstag, dem 12. Oktober 1976, auf dem Wiener Zentralfriedhof statt.

Wir werden unseren Gefährten Heinrich Köbel niemals vergessen und trachten, in seinem Sinne für unser großes Ziel weiterzuarbeiten: die sozialistische Gesellschaft aufzubauen!

Simmering

Marie Meyer †. Unsere Genossin Marie Meyer, Witwe eines verdienten Simmeringer Schutzbündlers, ist im 84. Lebensjahr nach kurzem, schwerem Leiden verstorben. Sie wurde im Jahre 1970 mit dem Goldenen Abzeichen des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer ausgezeichnet und erhielt für ihre Tätigkeit in der Sozialistischen Partei neben allen anderen Ehrenzeichen auch die Victor-Adler-Plakette.

Genossin Meyer war bis zu ihrem letzten Atemzug eine rührige Mitarbeiterin. Wir werden sie niemals vergessen!

Penzing

Sprechstunden. Die Sprechstunden finden nunmehr jeden zweiten Mittwoch im Monat in der Zeit von 17 bis 18 Uhr statt. Unsere Genossinnen und Genossen werden gebeten, die neuen Zeiten vorzumerken.

Döbling

Karl Kreihsl †. Unser aktives Mitglied Genosse Karl Kreihsl ist am 2. September 1976 im Alter von 67 Jahren gestorben. Er war ein unermüdlicher Kämpfer und Mitarbeiter, der immer zur Stelle war, wenn es galt, die Sache der arbeitenden Menschen und ihrer Partei zu verteidigen. Und er hatte sich in den Februartagen des Jahres 1934 am Kampf um den Karl-Marx-Hof beteiligt, obwohl er am 15. Juli 1927 schwer verwundet worden war.

Wir alle trauern nun wieder um einen treuen Kampfgefährten. Wir werden Genossen Karl Kreihsl niemals vergessen!

Floridsdorf

Ehrung von Mitgliedern. Im Schlinger-Hof, einer jener Wohnhausanlagen, die in der Geschichte der österreichischen Arbeiterschaft stets einen bedeutenden Platz einnehmen werden, veranstaltete die Bezirksgruppe eine Feierstunde, um besonders verdiente Genossinnen und Genossen zu ehren und ihnen die auf Beschluß des Bundesvorstandes verliehenen Goldenen Abzeichen zu überreichen.

Gerade in einer Zeit, in der der jüngeren Generation die Konfrontation mit den Problemen weitgehend erspart bleibt, für die ihre Väter und Vorväter so opfervoll zu kämpfen hatten, ist eine derartige Veranstaltung um so mehr von Bedeutung, als man es unterlassen hat, der Jugend von dem blutigen Geschehen der jüngsten Vergangenheit zu berichten; vom Faschismus und dem Terror seit seinen Anfängen, von Illegalität und Henkersjustiz, von Kerkerhaft und Konzentrationslagern. Und die sozialistischen Freiheitskämpfer, die als Mahner das Motto „Niemand Vergessen!“ auf ihre Fahne geschrieben haben, erfüllen durch Veranstaltungen wie diese Feierstunde einen Teil ihrer Aufgaben.

Das Goldene Abzeichen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer wird — und das ist die große Bedeutung dieser Ehrung — Genossinnen und Genossen verliehen, die nicht nur in den Februartagen 1934 aktiv in das Ringen um Freiheit und Demokratie eingegriffen haben, sondern auch in der Zeit der politischen Nacht unserer Idee die Treue gehalten haben und nach dem „Wiederkommen“ sofort wieder, bis zum heutigen Tage weitergearbeitet haben.

Das Goldene Abzeichen erhielten die Genossinnen Julie Brück, Therese Hochwald, Hedwig Lehner, Rosa Mair und Juliane Pokoj sowie die Genossen Josef Babuschek, Ferdinand Biczic, Max Bogasovsky, Georg Dolecal, Johann Drbalek, Friedrich Gefäll, Josef Grabner, Roman Gruber, Franz Haas, Johann Hochmuth, Franz Koskarti, Adolf Mattes, Alois Melischar, Karl Ressek, Rudolf Schlögelbauer, Heinrich Scholz, Johann Schwarz, Franz Zatlöckl und Johann Wurma.

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Diese Ehrung, die in einem würdigen Rahmen stattfand, wurde im Namen des Bundesvorstandes von den Genossen Billmaier und Waschek durchgeführt, wobei im Rahmen der Festansprache allen Mitstreitern und Mitarbeitern für ihre Treue gedankt wurde. Möge es nie mehr dazu kommen, daß unsere Demokratie und unsere sozialistische Bewegung in die Nacht der politischen Verfolgung gedrängt werden.

Wir wollen mit all unserer Arbeit auch ein Vermächtnis erfüllen, das wir unseren ermordeten Genossinnen und Genossen schuldig sind. Und unseren jungen Mitbürgern wollen wir verständlich machen, daß auch heute noch das Engagement und der Kampf gegen Terror und Faschismus notwendig ist. „Niemand Vergessen!“

*

Franz Haas †. Wieder ist ein treuer Genosse für immer von uns gegangen — unser Genosse Franz Haas ist im 80. Lebensjahr verstorben. Er war Inhaber des Goldenen Abzeichens der Freiheitskämpfer.

Sein ganzes Leben hat Genosse Haas für die Partei und seine politische Gesinnung gelebt und gelitten. Vom Nazi-Blutrichter Freissler war er zum Tode verurteilt worden, dann aber wegen Tapferkeit im Ersten Weltkrieg zu lebenslänglich „begnadigt“. Er wurde zu einer Strafkompanie nach Jugoslawien versetzt, konnte aber während der Kampfhandlungen zu den Partisanen überlaufen und kam durch deren Hilfe über Griechenland nach Palästina, wo er bis 1946 gegen den Nazismus kämpfte. Im Jahre 1947 wurde Genosse Haas von den Engländern nach Hause geschickt. Und nach seiner Heimkehr war er sofort beim Wiederaufbau tätig.

Ein aufrechter, treuer Kampfgefährte hat uns verlassen; wir danken ihm für seine Treue und werden ihn niemals vergessen!

*

Marie Weber †. Die Genossin Marie Weber ist im 81. Lebensjahr verstorben. Sie war seit ihrer Jugend eine treue Sozialistin und Mitarbeiterin. Als wir sie zu Grabe trugen, gaben ihr viele Kampfgefährten das Geleit und erwiesen ihr die letzte Ehre.

Die Bezirksgruppe Floridsdorf trauert um sie; wir werden unsere Genossin Weber niemals vergessen!

Aus den Landesorganisationen

Kärnten

Sitzung des Landesvorstandes. Am Montag, dem 21. Juni 1976, fand eine Sitzung des Landesvorstandes statt. Der geschäftsführende Landesobmann Genosse Hans Pawlik eröffnete die gut besuchte Sitzung und gab den Bericht über die Interventionen und über die Situation im Lande.

Noch immer ist das Minderheitenproblem keiner Lösung zugeführt, weil sich vor allem die Kärntner ÖVP-Leitung davon drücken möchte. Der jüngste Bombenanschlag in Völkermarkt ist zu bedauern, weil solche extremistischen Handlungen doch zu nichts führen und nur die Lage verschärfen können. Die Äußerungen des neu gewählten Obmannes des Rates der katholischen Kärntner Slowenen, Dr. Grlic, über die sozialistische Bundesregierung und Landeshauptmann Genossen Wagner müssen von uns sozialistischen Freiheitskämpfern Kärntens zurückgewiesen werden. Wir haben seit 1945 immer getrachtet, eine Wiedergutmachung und eine weitgehende Befriedigung für die Kärntner Slowenen zu erreichen. Unsere Partei ist für die volle Erfüllung des Staatsvertrages immer eingetreten, was man von der dem Herrn Dr. Grlic nahestehenden ÖVP nicht sagen kann. Auch die weiteren Äußerungen der Herren Dr. Grlic und des Sekretärs Warasch sind recht besorgniserregend, weil sie den Frieden im Lande betreffen. Letzten Endes werden ja auch in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien von Zeit zu Zeit Sprachen- beziehungsweise Volkszählungen durchgeführt, um Unterlagen für die Statistik und die weiteren Entscheidungen zu haben: Das müßten doch gerade die Slowenenvertreter wissen.

In der Diskussion über diesen Bericht sprachen die Genossen Dipl.-Kfm. Schleicher, Brenner und Wieser. Auf jeden Fall soll es in der Minderheitenfrage keinen weiteren Alleingang der SPÖ im Parlament geben. Die Kärntner der älteren Generation von 1918 bis 1920 werden immer weniger, und die Jungen kennen die Verhältnisse von damals nicht mehr. Die Abwehrkämpfer von damals, unter denen viele Kärntner Slowenen waren, haben sicherlich für Kärnten und für den Verbleib bei der demokratischen Republik Österreich sehr viel getan; aber jetzt sollte Schluß sein mit den nationalistischen Emotionen. Die Schuld für die heutige Lage hat das NS-Regime auf sich geladen, und wir haben nun an der Minderheit alles gutzumachen. Von beiden Seiten möge man auch keine neuen provozierenden Denkmäler mehr errichten.

Die nächste Landeshauptversammlung wird trotz des Todes unseres Genossen Ferdinand Wedenig ordnungsgemäß erst im Frühjahr 1977 abgehalten werden. Genosse Hans Pawlik wird die Geschäfte weiterführen.

Es standen auch zwei Neuaufnahmen zur Debatte: Genossin Annie Wedenig für ihren verstorbenen Mann und der junge Kärntner Landessekretär des Österreichischen Pensionistenverbandes, Genosse Franz Poganitsch. Beide Beitritte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.

Herrn
Wilem Eduard
Votlagasse 28-30/18/3/11
1210 WIEN

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- | | |
|--|-----------------------------------|
| 2, Praterstern 1 | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 3, Landstraßer Hauptstraße 96 | Jeden 1. und 3. Mi. 17 bis 19 Uhr |
| 4, Wiedner Hauptstraße 60 b | Mo. 18 bis 19 Uhr |
| 5, Siebenbrunnengasse 5/Stiege 6/
Parterre links (Popp-Hof) | Mi. 18 bis 19 Uhr |
| 6, Otto-Bauer-Gasse 9 | Di. 18 bis 19 Uhr |
| 7, Neubaugasse 25 | Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr |
| 8, Josefstädter Straße 39 | Do. 17 bis 18 Uhr |
| 9, Marktgasse 2/I | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 10, Laxenburger Str. 8/10/I | Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr |
| 11, Simmeringer Hauptstraße 80 | Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr |
| 12, Ruckergasse 40 | Mi. 17 bis 18 Uhr |
| 13, Jodlgasse 7/III | Do. 17.30 bis 18.30 Uhr |
| 14, Linzer Straße 297 | Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr |
| 15, Hackengasse 13 | Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr |
| 16, Zagorskigasse 6 | Do. 18 bis 19 Uhr |
| 17, Röttergasse 29 (Mietervereinig.) | Mi. 17 bis 18 Uhr |
| 18, Gentzgasse 62 | Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr |
| 19, Billrothstraße 34 | Di. 17 bis 19 Uhr |
| Opferfürsorge | Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr |
| 20, Raffaelgasse 11 | Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr |
| 21, Prager Straße 9 | Jeden 2. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr |
| 22, Donaufelder Str. 259 | Jeden 2. Mo. 18 bis 19 Uhr |
| 23, Breitenfurter Straße 358 | Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr |

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach telef. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ, Grillparzerstr. Nr. 14/III, Wien 1, Landespartei-Sekretariat der SPÖ Jeden 1. Di. 9 bis 11 Uhr
- B a d e n, Wassergasse 31, Bezirkssekretariat der SPÖ Jeden 1. Freitag 10 bis 12 Uhr
- M ö d l i n g, Hauptstraße 42, Bezirkssekretariat der SPÖ Jeden 1. Samstag 9.30 bis 11 Uhr
- W r. N e u s t a d t, Wiener Straße 42, Bezirkssekretariat der SPÖ Jeden 1. Samstag 10 bis 12 Uhr
- S t. P ö l t e n, Prandtauerstraße 4, Bezirkssekretariat der SPÖ Jeden 1. Freitag 9 bis 11 Uhr
- S c h w e c h a t, Rathausplatz 7, Bezirkssekretariat der SPÖ Jeden 1. Freitag 14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

- E i s e n s t a d t, Permyerstraße 2, Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- K l a g e n f u r t, Bahnhofstraße 44, II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- L i n z, Landstraße 36/I, Zimmer 3, Hotel „Schiff“, Hoftrakt Jeden 1. u. 3. Mi. 16 bis 18 Uhr
- S t e y r, Damberggasse 2, Gasthof Gamsjäger Jeden 1. Di. 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- S a l z b u r g, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, II. Stock, Zimmer 56 Jeden Di. u. Fr. 8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- G r a z, Südtiroler Platz 13, Zimmer 17 Jeden 1. Mittwoch 17 bis 19 Uhr
- B r u c k a n d e r M u r, Schillerstraße 22
- K a p f e n b e r g, Volksheim (Zimmer 14), Wiener Straße Jeden 2. Mittwoch 18 bis 19 Uhr

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 9. Nov. 1976